



Berlin, 25.09.2014

Gemeinsame PM der ordentlichen SPD-Mitglieder im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung Wolfgang Hellmich, Dr. Ute Finckh-Krämer, Dr. Karl-Heinz Brunner

Internationaler Waffenhandelsvertrag tritt Ende des Jahres in Kraft: Unkontrollierte Waffenströme müssen endlich unterbunden werden

Mit der heutigen Ratifizierung des Internationalen Waffenhandelsvertrags, Arms Trade Treaty (ATT), durch den fünfzigsten Staat, wird der Vertrag zum Ende des Jahres in Kraft treten. Er wird damit kaum zwei Jahre nachdem er von der Generalsversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde rechtskräftig. Durch den Vertrag wird es erstmals ein international verbindlicher Rahmen für den Handel mit Waffen geschaffen betonen die SPD-Mitglieder des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.

„Der Waffenhandelsvertrag, Arms Trade Treaty (ATT), reguliert den internationalen Waffenhandel und erfasst dabei alle Lieferungen konventioneller Kriegswaffen. Es ist eines der vorrangigen Ziele des Vertrags, den Nachschub an illegalen Waffen für Konfliktregionen zu unterbinden. Eine entschlossene Umsetzung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, den Schwarzmarkthandel mit Waffen zu erschweren.

Die Bundesregierung hat sich seit Beginn der Verhandlungen für eine international verbindliche Regulierung des Waffenhandels eingesetzt. Wir wollen gemeinsam mit unserem Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier aktiv für eine möglichst umfassende internationale Ratifizierung werben, und uns für eine konsequente Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen einsetzen.

Die Fortsetzung des Engagements von Politik und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist dabei eine wesentliche Voraussetzung für eine effektive Ausgestaltung der Vereinbarungen. Der Vorschlag der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, zukünftig nur noch Rüstungsgüter an Staaten zu liefern, die den ATT unterzeichnet haben, könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Die sozialdemokratische Fraktion wird die Bundesregierung weiterhin dabei unterstützen, eine aktive Rolle bei der Umsetzung und Fortentwicklung des Vertrags zu spielen.“